

# 1. Gleichwertigkeitsbericht der BayernSPD Landtagsfraktion



Liebe Leserinnen und Leser,

Stadt und Land sind zwei Seiten einer Medaille. Will man den spezifischen Herausforderungen der Ballungszentren begegnen, muss man sich verstärkt dem ländlichen Raum annehmen.

Dies tut die Staatsregierung nicht.

Zwar verfolgt sie mit der Heimatstrategie und den damit verbundenen Behördenverlagerungen, Sonderprogrammen wie z.B. der Förderoffensive Nordostbayern oder den Stabilisierungshilfen für finanzschwache Kommunen Maßnahmen, die vor Ort die erwünschte Wirkung entfalten, allein, in der Summe bleibt das politische Handeln hinsichtlich der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern halbherzig und nicht zu Ende gedacht. Lippenbekenntnisse, bloße Appelle an die Wirtschaft und schön gefärbte Heimatberichte können darüber nicht hinwegtäuschen – von gleichwertigen Lebensverhältnissen, wie sie uns die Bayerische Verfassung vorschreibt, sind wir noch weit entfernt.



In ihrem Abschlussbericht empfahl die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ eine parlamentarische Verankerung des gleichlautenden Verfassungsziels. Ein Vorschlag, der bis heute nicht umgesetzt wurde, u. a. mit Verweis auf bereits bestehende Berichte der Staatsregierung. Tatsache ist jedoch, dass die regelmäßig erscheinenden Heimat-, Agrar-, Umwelt- und Sozialberichte nur bedingt Rückschlüsse auf eine sukzessive Angleichung regionaler Disparitäten zulassen. Wir haben deshalb vor eineinhalb Jahren beantragt, einen Gleichwertigkeitsbericht im zweijährigen Rhythmus vorzulegen (Drs. 18/4845). Dies wurde abgelehnt.

Wir lassen das der Staatsregierung nicht durchgehen. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse hat Verfassungsrang. Wir als BayernSPD Landtagsfraktion wollen, dass daraus Wirklichkeit wird. Aus diesem Grund legen wir heute unseren ersten Gleichwertigkeitsbericht vor.

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Klaus Adelt". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Klaus Adelt, MdL

Sprecher für Kommunalpolitik & den ländlichen Raum

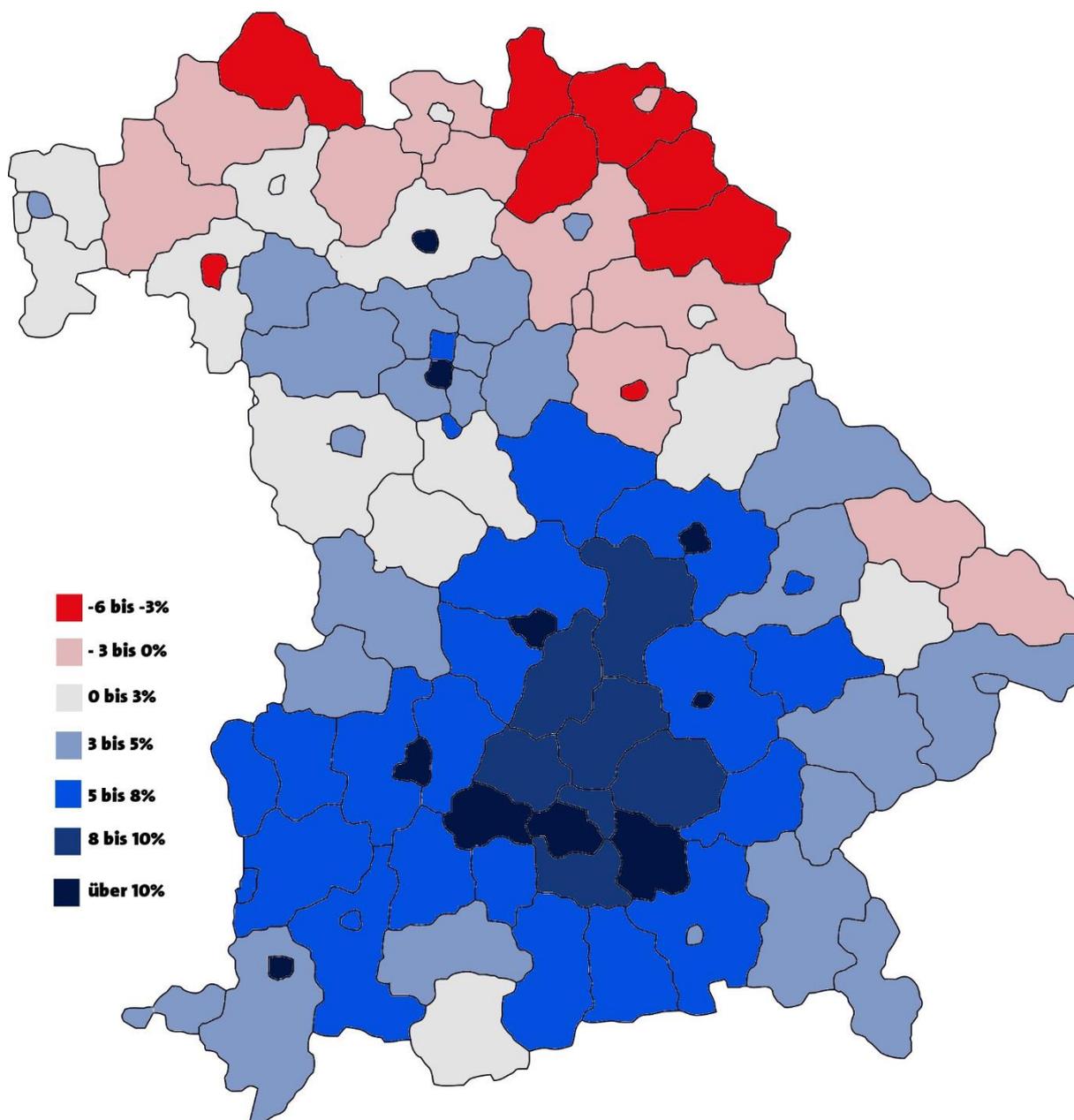
## INHALTSVERZEICHNIS

Bevölkerungsentwicklung	4
Arbeit	6
Einkommen	11
Armut	13
Schulden	16
Kommunalfinanzen	18
Nachlassimmobilien	21
Bahninfrastruktur	22
Nahversorgung	26
Wirtschaftskraft	27
Fazit	29

## BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN BAYERN

Im Jahr 2010 lebten in Bayern durchschnittlich 12.524.514 Einwohner. Im Jahr 2019 waren es 13.100.729 Einwohner. Bayernweit ist die Bevölkerung damit um 576.215 Einwohner (5 Prozent) gestiegen. Davon profitieren nicht alle Regionen. Während die Ballungsräume ein deutliches Wachstum zu verzeichnen haben, schrumpft die Bevölkerung im ländlichen Raum.

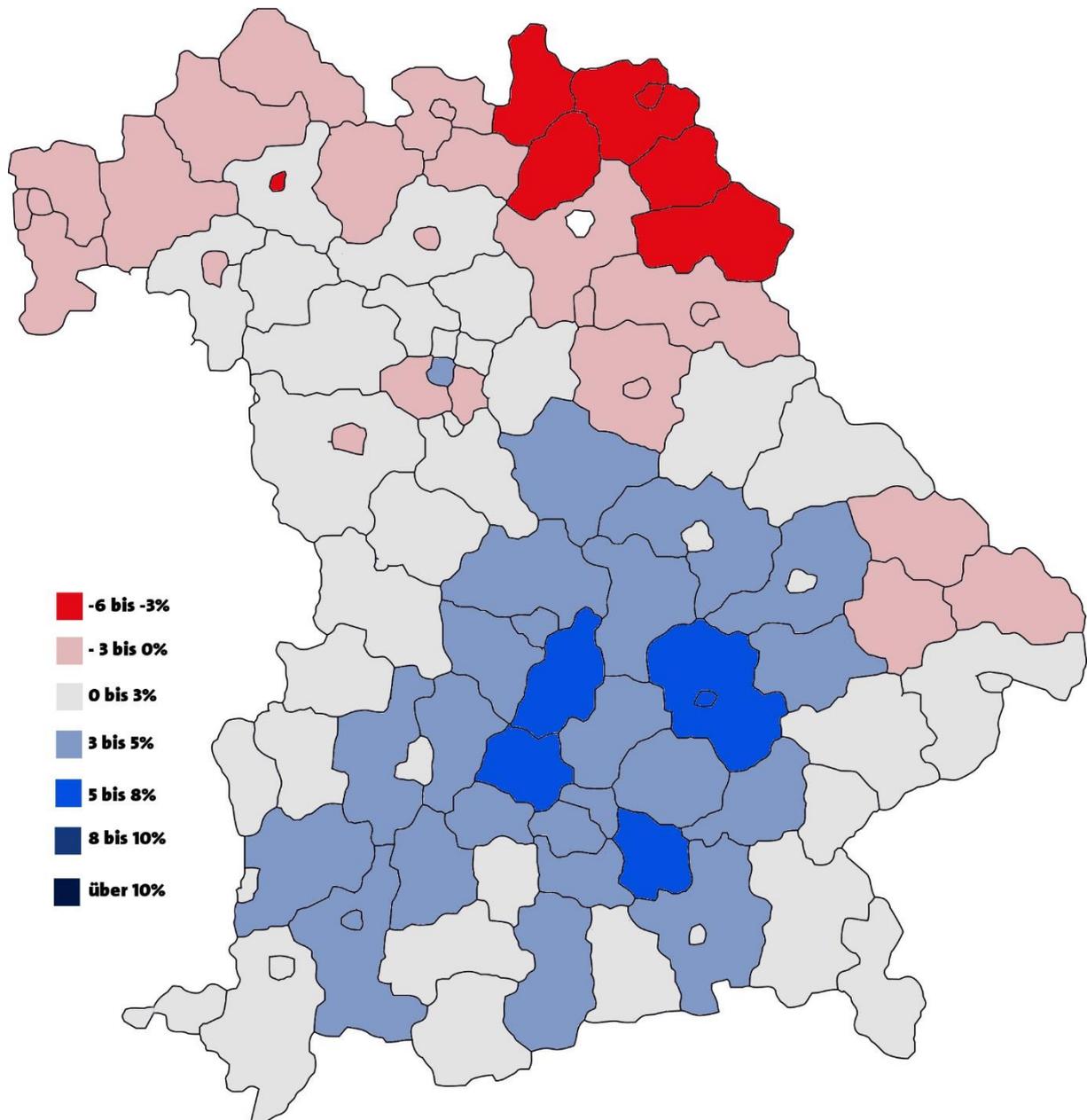
### Bevölkerungsentwicklung in Bayern 2010 bis 2019 in Prozent<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Klaus Adelt vom 17.05.2021 betreffend Bayern 2021 – Gleichwertige Lebensverhältnisse I: Bevölkerungsentwicklung, Drs. 18/16390.

Glaukt man den Bevölkerungsprognosen wird sich dieser Trend weiter verstärken, wenn auch aufgrund des demografischen Wandels nicht in den Ausmaßen wie das bisher passiert ist.

### Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Bayern 2019 bis 2030 in Prozent



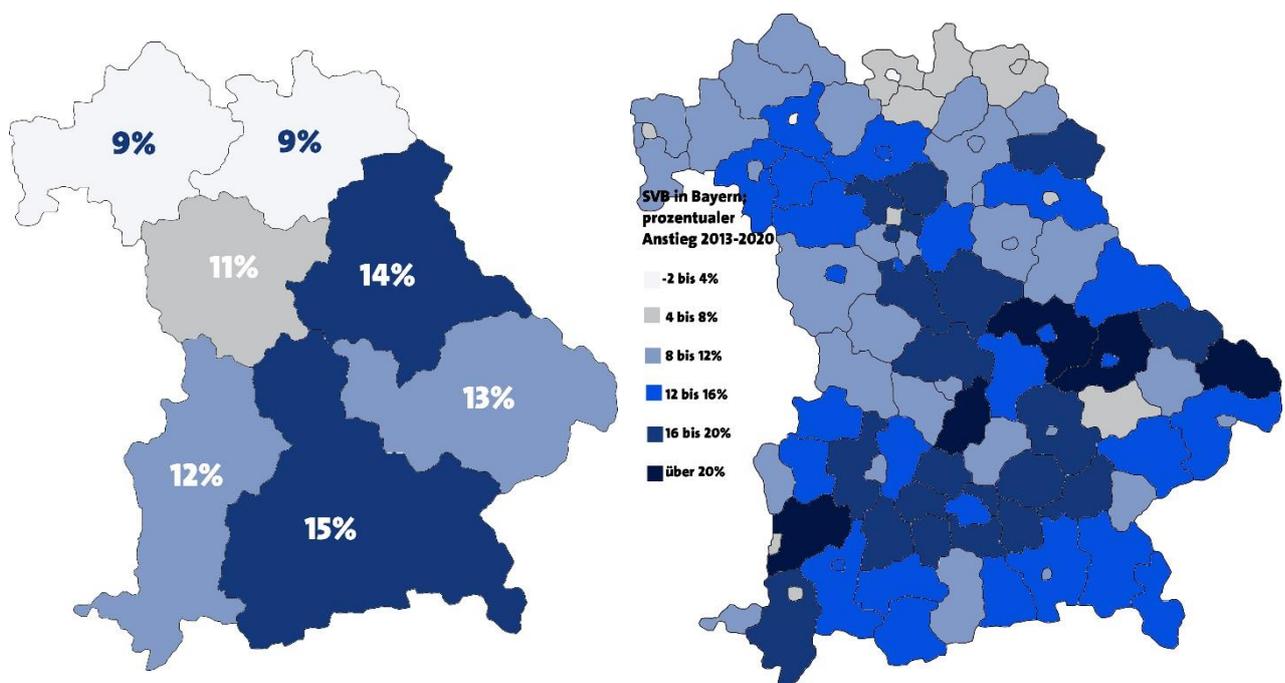
Die Bevölkerung schrumpft allerdings nicht in allen Altersgruppen. Die Altersgruppen der bis 18jährigen (5,5%), der 40- bis 50jährigen (6,1%) und der über 65jährigen (20,1%) werden in den nächsten Jahren sogar deutlich größer werden. In der Summe wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter aber entscheidend kleiner werden.

Der demografische Wandel wird Bayern auf unterschiedliche Weise treffen. Klar ist dennoch: Die Zahl der schulpflichtigen Kinder und RentnerInnen steigt deutlich, die Zahl der BürgerInnen im erwerbsfähigen Alter nimmt deutlich ab. In der Summe sind die ländlichen Regionen stärker betroffen, der Norden wird mehr Bevölkerung verlieren als der Süden Bayerns.

## ARBEIT IN BAYERN

Die Beschäftigungsquote liegt bayernweit bei 64 Prozent. In den Regionen variiert sie von 52 Prozent bis 68 Prozent. Insgesamt ist die Zahl der Beschäftigten von 2013 bis 2020 deutlich angestiegen von 4,89 Millionen auf 5,55 Millionen. Allerdings war der Anstieg nicht überall gleich hoch.

Prozentualer Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 2013 – 2020 (prozentual in Bezirke und Kreise)<sup>2</sup>

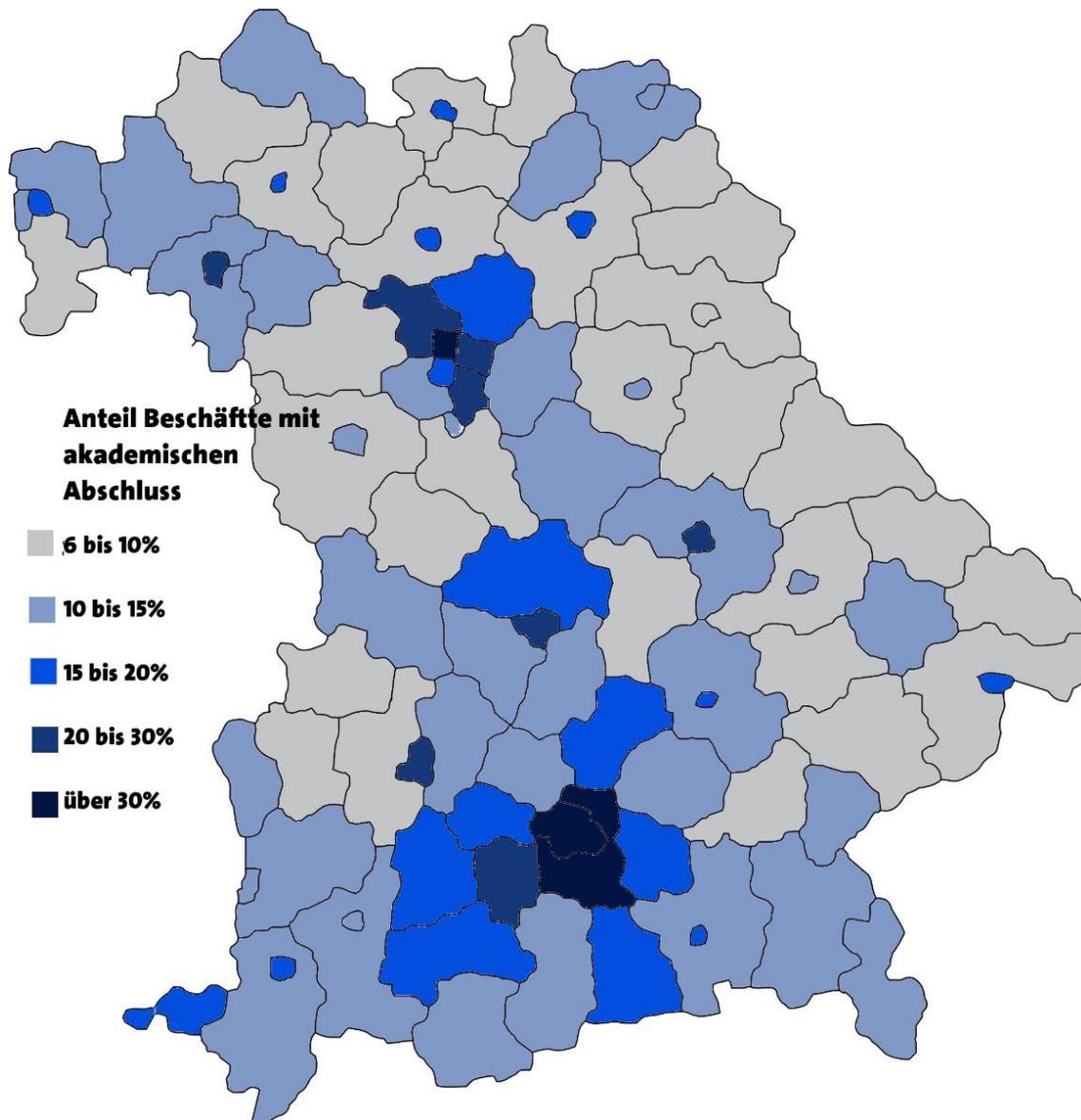


Wie anhand der Grafiken ersichtlich, profitieren vor allem Oberbayern und die Oberpfalz vom Beschäftigungswachstum, schaut man genauer hin, ist es vor allem der Speckgürtel von München, Regensburg und Nürnberg der profitiert. Aber auch in ländlichen Regionen gibt es Aufsteigerregionen, wie z.B. der Landkreis Freyung-Grafenau, Unterallgäu oder Tirschenreuth.

Schaut man darauf, welche Jobs entstanden sind, zeigt sich, dass vor allem Arbeitsplätze für Akademiker entstanden sind. Stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig

<sup>2</sup> Ebd.

Beschäftigten in den letzten sieben Jahren um 13 Prozent an, so liegt hier die Quote bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischen Abschluss bei 32 Prozent.<sup>3,4</sup>



Die meisten Beschäftigten mit akademischen Abschluss finden sich mit Blick auf die regionale Verteilung im Großraum München, Nürnberg und Regensburg. Bedenkt man die Abiturquote von ca. 30 bis 32%, bedeutet die ungleichmäßige Verteilung der Akademiker-Jobs letztendlich einen „Braindrain“ aus dem ländlichen Raum und steigende Pendelverkehre.

Knapp 71.000 Beschäftigte in Bayern sind Stand Dezember 2020 neben ihrem regulären Einkommen auf Unterstützung angewiesen, sogenannte erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte („Ergänzer“; umgangssprachlich „Aufstocker“).

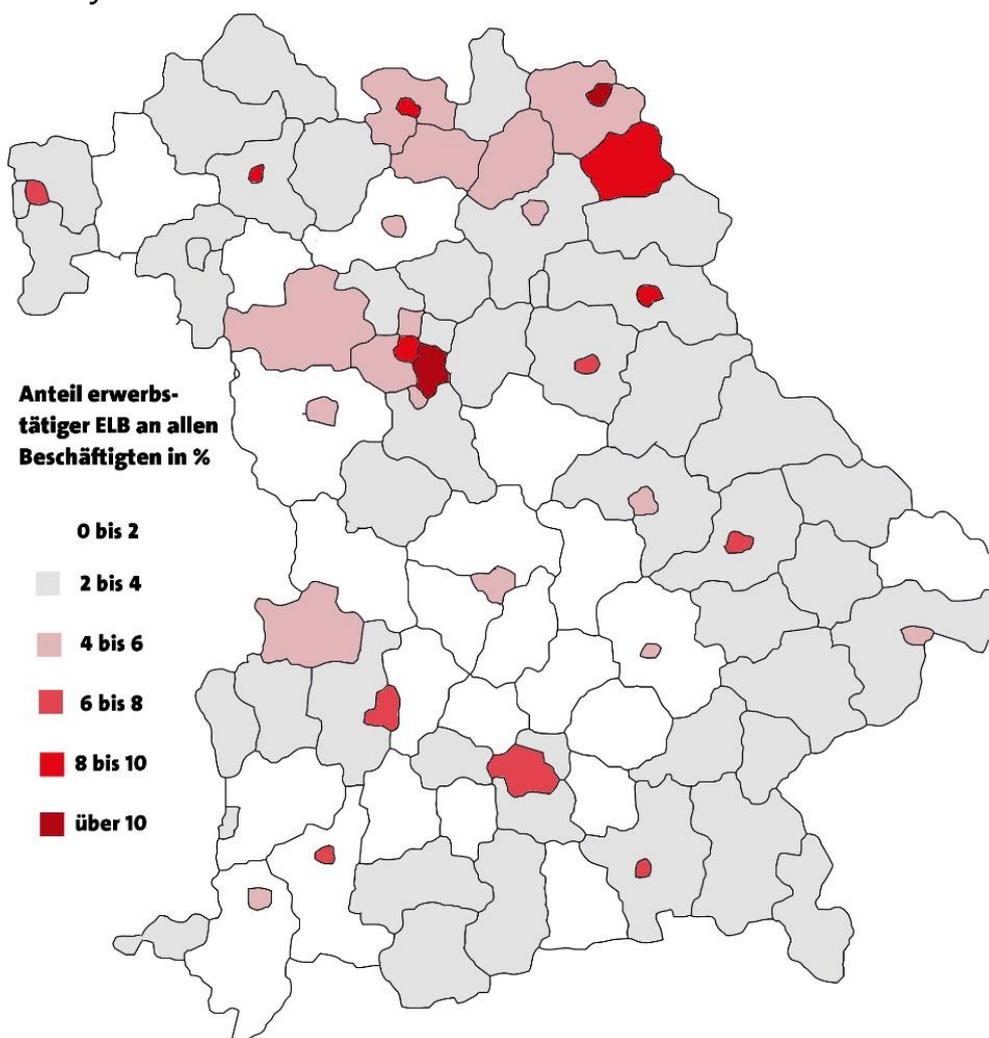
<sup>3</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Tabellen, Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen), Deutschland, Länder und Kreise, Nürnberg, Datenstand 30.06.2021.

<sup>4</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, August 2014.

## erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte, Art der Beschäftigung Stand 2020<sup>5</sup>

	Anteil in %
Sozialversicherungspflichtig beschäftigt in Teilzeit	34%
Ausschließlich Minijob	26%
Sozialversicherungspflichtig beschäftigt in Vollzeit	14%
Selbstständig	10%
Ausbildung	8%
Sonstiges	8%

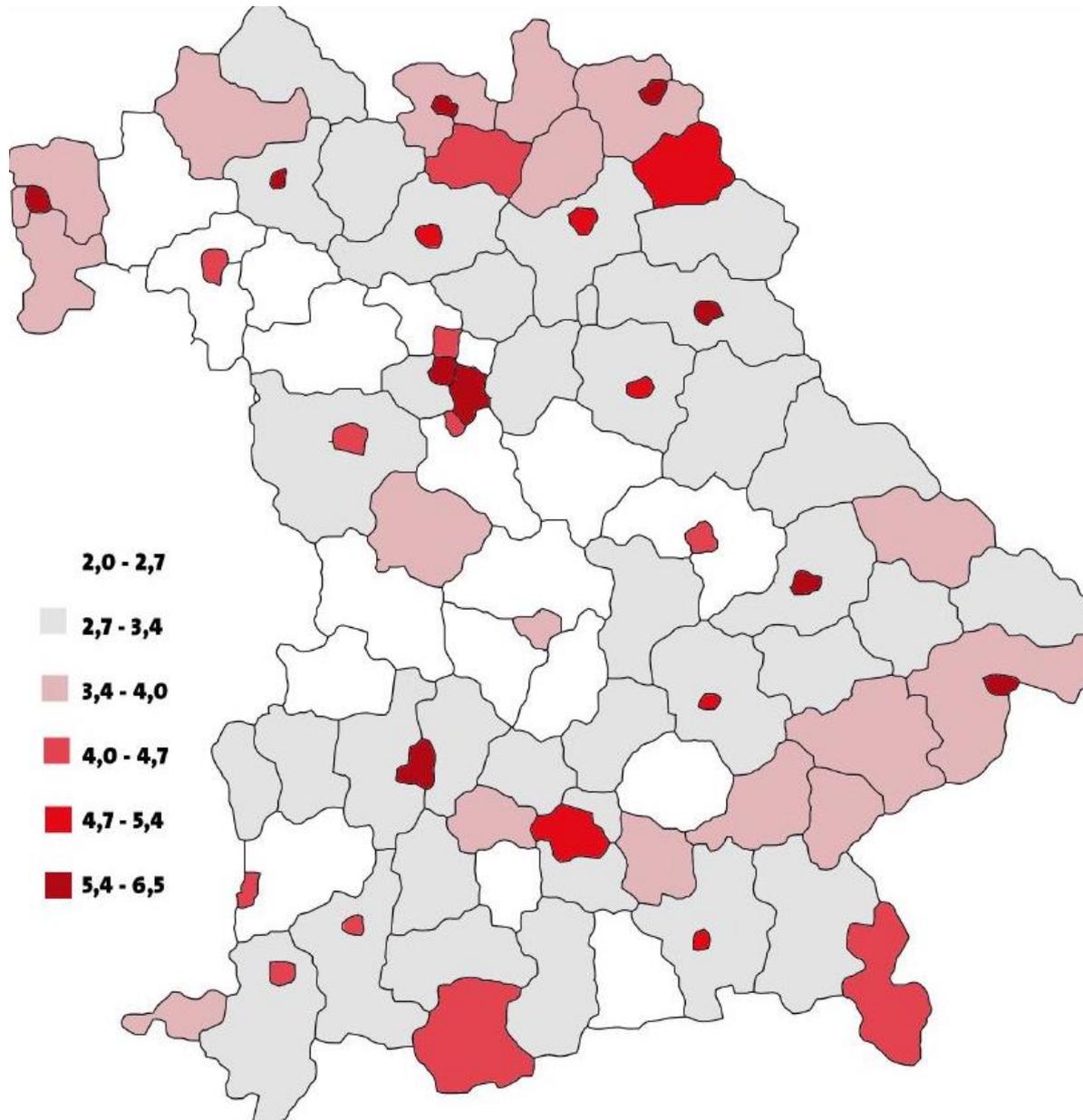
Das Gros der „Ergänzer“ ist in Teilzeit beschäftigt oder geht nur einem Minijob nach. Schaut man sich beispielsweise die regionale Verteilung derjenigen an, wie viele erwerbsfähige Leistungsbezieher ausschließlich einem Minijob nachgehen, zeigen sich regionale Unterschiede mit einem Schwerpunkt in den kreisfreien Städten sowie dem Nordosten Bayerns.



<sup>5</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit "Tabellen, Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Monats- und Jahreszahlen), Nürnberg, März 2021".

## Arbeitslosenquote in Prozent, Bayern, Stand 2020<sup>6</sup>

Bei der Arbeitslosenquote zeigt sich ein Stadt-Land-Gefälle. In den ländlich geprägten Regionen ist die Arbeitslosigkeit im Nordosten Bayerns und Südosten Bayerns überdurchschnittlich hoch. Bayernweit betrug die Arbeitslosenquote im Dezember 2020 3,6 Prozent.



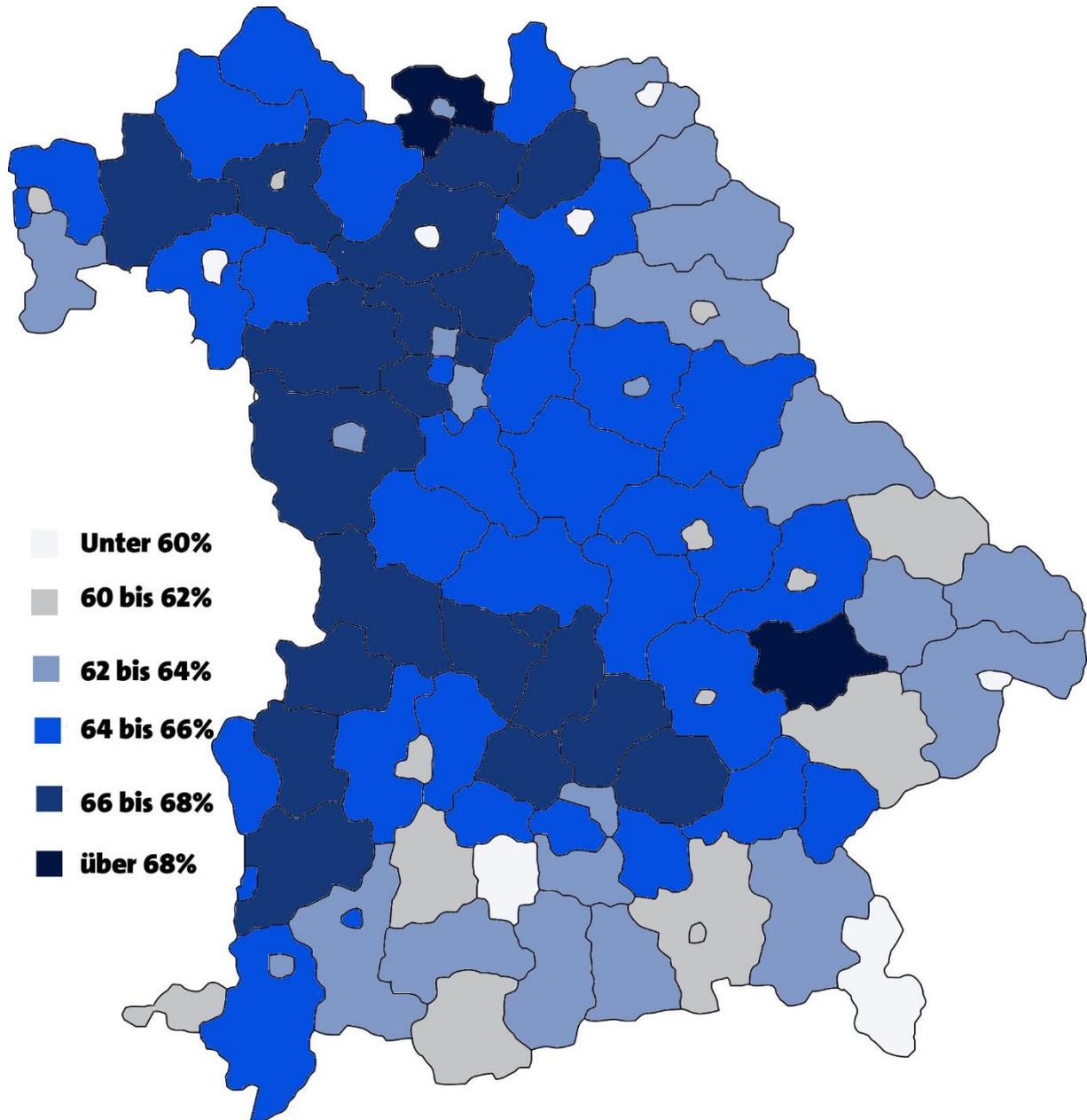
Auch bei der Beschäftigungsquote zeigt sich, dass diese im Osten Bayerns tendenziell niedriger ist als im Rest des Freistaates. Vergleicht man Beschäftigungsquote und Beschäftigungswachstum<sup>7</sup> zeigt sich allerdings auch ein gewisser Grad einer

<sup>6</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Tabellen, Arbeitsmarktreport, Nürnberg, Dezember 2020.

<sup>7</sup> Vgl. Seite 4.

„Sättigung“. Dort wo die Beschäftigungsquote überproportional hoch ist, fällt das Beschäftigungswachstum niedriger aus.

### Beschäftigungsquote, Bayern, Stand 2020<sup>8</sup>



Vom Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre haben die bayerischen Regionen unterschiedlich stark profitiert. Das zeigt ein Blick auf die Zahlen des Arbeitsmarktes. Viele neue und hochqualifizierte Arbeitsplätze sind entstanden, davon haben vor allem die Ballungsräume profitiert. Der Mangel an verfügbaren gut qualifizierten Arbeitsplätzen im ländlichen Raum führt weiterhin zu einem „Braindrain“ aus dem ländlichen Raum. Auffällig ist, dass Regionen, die in der Vergangenheit von den

<sup>8</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Tabellen, Beschäftigungsquoten, Nürnberg, Juni 2020.

Behördenverlagerungen bzw. der Standortpolitik der Staatsregierung profitiert haben, im Vergleich zu anderen ländlichen Regionen mehr Jobs für Akademiker aufweisen. Sowohl bei der Arbeitslosenquote, der minijobbenden Leistungsbezieher oder dem Akademisierungsgrad der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, zeigt sich ein Stadt/Land und Nord/Süd-Gefälle.

## EINKOMMEN IN BAYERN

Bayern hat die höchsten Einkommen bundesweit, darauf legt die Staatsregierung großen Wert. Schaut man sich die Zahlen genauer an, so trifft dies nicht auf ganz Bayern zu. In Wirklichkeit weisen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt nur Oberbayern, Schwaben und Mittelfranken ein deutlich höheres verfügbares Einkommen auf. Die restlichen Regierungsbezirke rangieren dagegen auf dem Niveau des Bundes.

Verfügbares Einkommen <sup>9</sup> in Bayern in Euro			
Anteil	2010	2018	Anstieg in Prozent
Bund <sup>10</sup>	19.002	23.057	17,5%
Bayern	20.849	25.309	21,4%
Oberbayern	23.102	28.384	22,9%
Niederbayern	18.746	23.249	24,0%
Oberpfalz	18.587	23.107	24,3%
Oberfranken	19.391	23.104	19,1%
Mittelfranken	20.678	24.016	16,1%
Unterfranken	19.454	23.510	20,9%
Schwaben	20.217	24.046	18,9%

Innerhalb Bayerns unterscheiden sich die verfügbaren Einkommen mitunter sehr deutlich. Es zeigt sich auch: Trotz insgesamt deutlich gestiegener Einkommen, gleichen sie sich nicht an, sie driften immer weiter auseinander. Lag die Differenz des verfügbaren Einkommens 2010 zwischen Oberfranken und Oberbayern noch bei 3.711 Euro, so sind es 2018 bereits 5.280 Euro. Die Einkommen liegen damit nochmals 30 Prozent weiter auseinander.

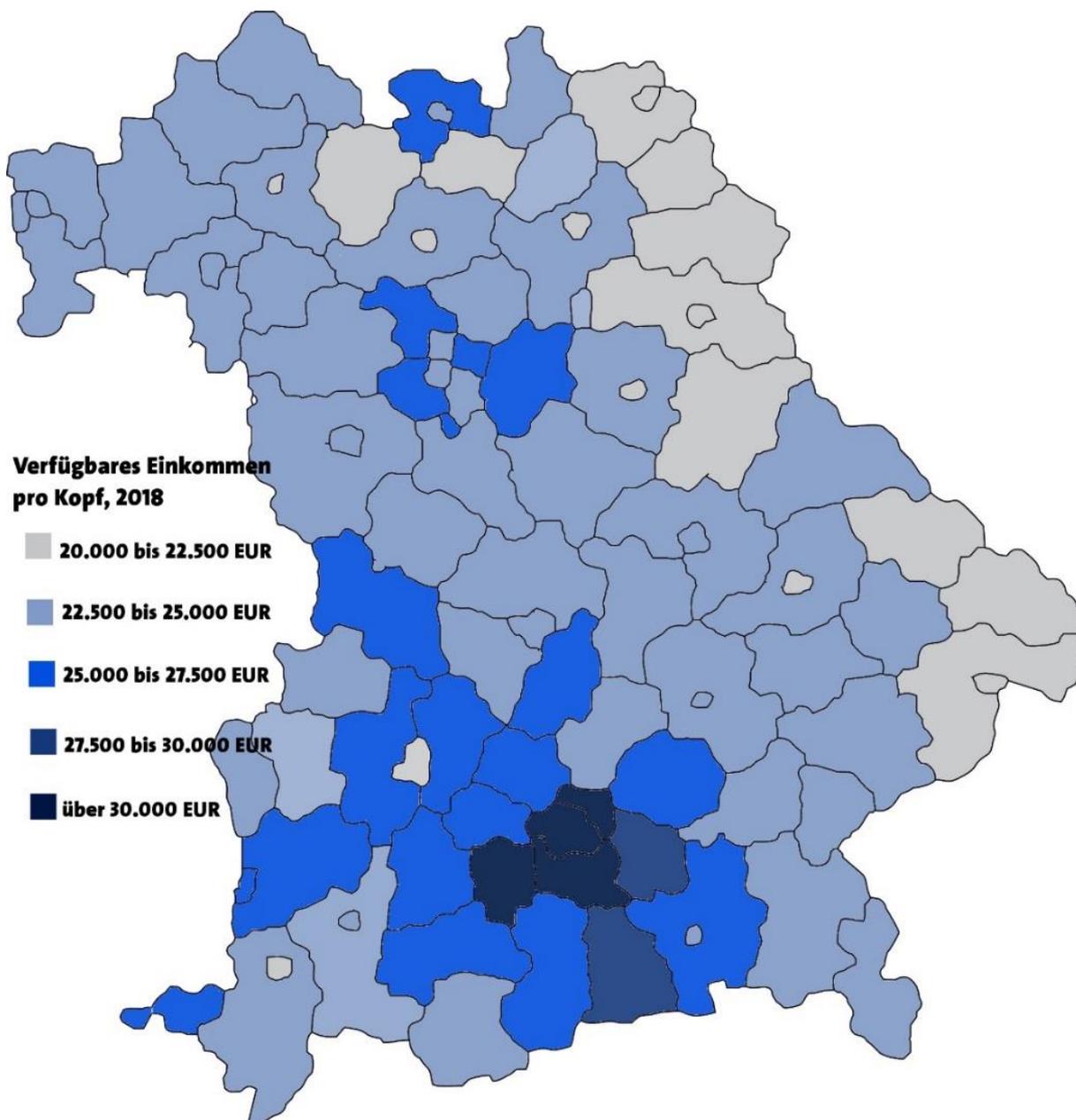
Zu beachten ist auch, dass im gleichen Zeitraum die Verbraucherpreise in Bayern ebenfalls signifikant angestiegen sind, von 2010 bis 2019 um rund 13,5 Prozent.

<sup>9</sup> Das verfügbare Einkommen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Volkseinkommen) bezeichnet in der Summe die Einkommen von Unternehmen und privaten Haushalten, abzüglich Lohn- und Körperschaftsteuern sowie Sozialbeiträgen und zuzüglich der Transferzahlungen (Subventionen, Sozialleistungen) des Staates. Vom verfügbaren Einkommen der Gesamtwirtschaft ist das privat verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zu unterscheiden, das als Teil des Haushaltseinkommens (siehe dort) nach Abzug von direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verbleibt; siehe: Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

<sup>10</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/258880/umfrage/verfuegbares-einkommen-privater-haushalte-je-einwohner-in-deutschland/>; zuletzt abgerufen am 13.07.2021.

Inflationsbereinigt ist demnach das Einkommen bayernweit um rund 10,9 Prozent angestiegen.

### Verfügbares Einkommen 2018 pro Kopf, Freistaat Bayern<sup>11</sup>



<sup>11</sup>Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Klaus Adelt betreffend „Bayern 2021 - Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern 2021 II: Einkommen“, Drs. 18/16510.

## Median der monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen in Euro<sup>12</sup>

	2010	2019	Anstieg in Prozent
Oberbayern	1.625	2.124	30,7%
Niederbayern	1.420	1.813	27,7%
Oberpfalz	1.378	1.793	30,2%
Oberfranken	1.385	1.799	29,9%
Mittelfranken	1.460	1.854	27,0%
Unterfranken	1.403	1.884	34,3%
Schwaben	1.457	1.852	27,1%

Der bayernweite Durchschnitt der verfügbaren Einkommen liegt zwar bei 25.309 Euro. Dies ist aber ein Wert, den man nur im Großraum München, Augsburg und Nürnberg erreicht. Im Nordosten Bayerns werden deutlich geringere Einkommen erzielt. Die Kluft zwischen den Einkommen nimmt immer weiter zu – trotz insgesamt steigender Werte. Von einer Angleichung der Lebensverhältnisse kann mit Blick auf die Einkommen keine Rede sein.

## ARMUT IN BAYERN

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Laut Mikrozensus lag dabei der Schwellenwert für Armutsgefährdung in Deutschland im Jahr 2019 für Alleinlebende bei 1.074 Euro pro Monat. Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren waren armutsgefährdet, wenn sie zusammen und nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Einkommen von weniger als 2.256 Euro pro Monat zur Verfügung hatten. Bei Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren lag die Armutsgefährdungsschwelle im Jahr 2019 bei 1.396 Euro, bei zwei Erwachsenen ohne Kinder bei 1.611 Euro.<sup>13</sup>

Demnach sind im Jahr 2019 knapp 12 Prozent der Bevölkerung in Bayern von Armut gefährdet. Das liegt zwar unter dem Bundesdurchschnitt (15,9%), bedeutet aber auch bayernweit ein Anstieg von über 9 Prozent.

<sup>12</sup>Das Nettoäquivalenzeinkommen, auch Haushaltsnettoeinkommen gilt als Grundlage für Einkommens- und Armutsanalysen. Es ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen eines Haushalts nach Abzug von: Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen, regelmäßigen Vermögensteuern und regelmäßig zwischen Privathaushalten geleisteten Zahlungen. Das Bruttoeinkommen eines Haushalts besteht aus haushalts- und personenbezogenen Komponenten. Dazu zählen: Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Familienleistungen und Wohnungsbeihilfen, Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung, regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen privaten Haushalten, Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen, Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren; siehe hier: <https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2021/private-haushalte-einkommen-und-konsum/329921/einkommensverteilung>, zuletzt abgerufen am 13.07.2021.

<sup>13</sup> Vgl. <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61785/armutsgefaehrung>, zuletzt abgerufen am 12. Juli 2021.

## Entwicklung der Armutsgefährdungsquote in Bayern (in Prozent)

Anteil	2010	2019	Anstieg in Prozent
Bayern	10,8	11,9	9,2
Oberbayern	8,8	9,1	3,2
Niederbayern	11,8	12,4	4,8
Oberpfalz	12,7	13,6	6,6
Oberfranken	13,1	13,1	0
Mittelfranken	12,2	15,6	21,8
Unterfranken	12,8	13,4	4,5
Schwaben	9,9	12,5	20,8

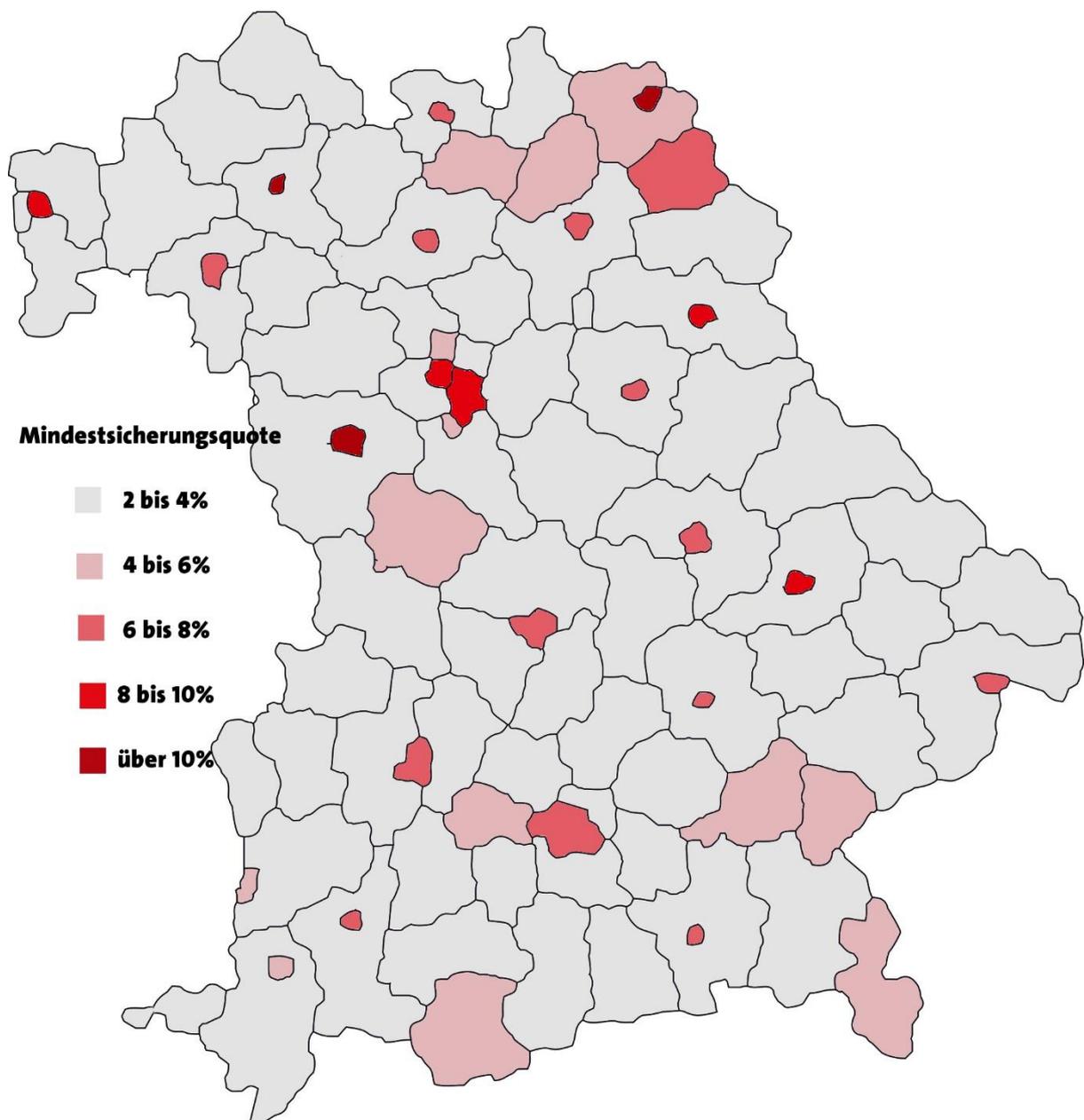
Besonders von Armut bedroht sind Menschen mit Migrationshintergrund. Hier liegt die Quote bei 19,5 Prozent im Verhältnis zu 9,3 Prozent zur Restbevölkerung. Armut gefährdet durchschnittlich auch mehr Frauen (13,0%) als Männer (10,9%). Vergleicht man die Zahlen gegenüber denen von 2010 zeigt sich, dass die Kluft zwischen Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber der Restbevölkerung respektive zwischen Frauen und Männer größer geworden ist.

Betrachtet man die Altersgruppen, so sind junge Erwachsene von 18 bis 25 Jahren (17,9%) und ältere Menschen ab 65 Jahren (19,5%) besonders stark von Armut betroffen.

Leider gibt es keine kleinteiligere Aufschlüsselung der Armutsgefährdungsquote auf kreisfreie Städte und Landkreise. Als Indiz für die regionale Verteilung von Armut kann aber die sogenannte Mindestsicherungsquote herangezogen werden. Sie stellt den Anteil der EmpfängerInnen von sozialen Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Dazu zählen Gesamtregelungen gemäß SGB II, Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II), Sozialhilfe gemäß SGB XII, Grundsicherung im Alter gemäß SGB XII und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Mindestsicherungsquote gibt gewissermaßen also die tatsächliche Armut wieder.<sup>14</sup>

<sup>14</sup><https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Armut/Mindestsicherung/mindestsicherung.html>; zuletzt abgerufen am 12.07.2021.

## Regionalatlas zu Mindestsicherungsleistungen, Freistaat Bayern<sup>15</sup>



Immer mehr Menschen sind von Armut bedroht. Auch in Bayern und in besonderem Maße in den Städten. Hier sind durchschnittlich doppelt so viele Menschen auf Leistungen des Staates angewiesen als in den Landkreisen. Menschen mit Migrationshintergrund, Senioren, junge Erwachsene und Seniorinnen und Senioren bilden die besonders stark von Armut betroffenen Gruppierungen.

<sup>15</sup>Regionalatlas Deutschland Themenbereich "Soziales" Indikatoren zu "Mindestsicherungsleistungen"; Grafik erstellt gemäß Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2021, Stand: 12.07.2021

## SCHULDEN IN BAYERN

Laut dem Schuldenatlas 2020 von Creditreform liegt die sogenannte Überschuldungsquote in Bayern bei 7,14 Prozent und damit unter dem Bundesschnitt (9,87%). Überschuldung ist in Bayern vor allem ein städtisches Problem, denn bayernweit bewegen sich 16 kreisfreie Städte aber nur ein Landkreis auf dem Niveau des Bundesdurchschnittes und darüber.<sup>16</sup>

Anteil überschuldeter Verbraucher in %, Stand 2020				
Anteil	9 bis 10%	10 bis 12%	12 bis 14%	Über 14%
<b>Oberbayern</b>		Rosenheim		
<b>Niederbayern</b>	Passau		Straubing	
<b>Oberpfalz</b>	Amberg		Weiden	
<b>Oberfranken</b>	Bayreuth Landkreis Wunsiedel Coburg			Hof
<b>Mittelfranken</b>		Ansbach	Nürnberg Fürth	
<b>Unterfranken</b>		Schweinfurt		
<b>Schwaben</b>	Augsburg Memmingen Kaufbeuren Kempten			

Als häufigste Überschuldungsauslöser gelten:

- Arbeitslosigkeit (1,36 Mio. Fälle)
- Erkrankung, Sucht, Unfall (1,17 Mio. Fälle)
- unwirtschaftliche Haushaltsführung (1,09 Mio. Fälle)
- längerfristiges Niedrigeinkommen (640.000).<sup>17</sup>

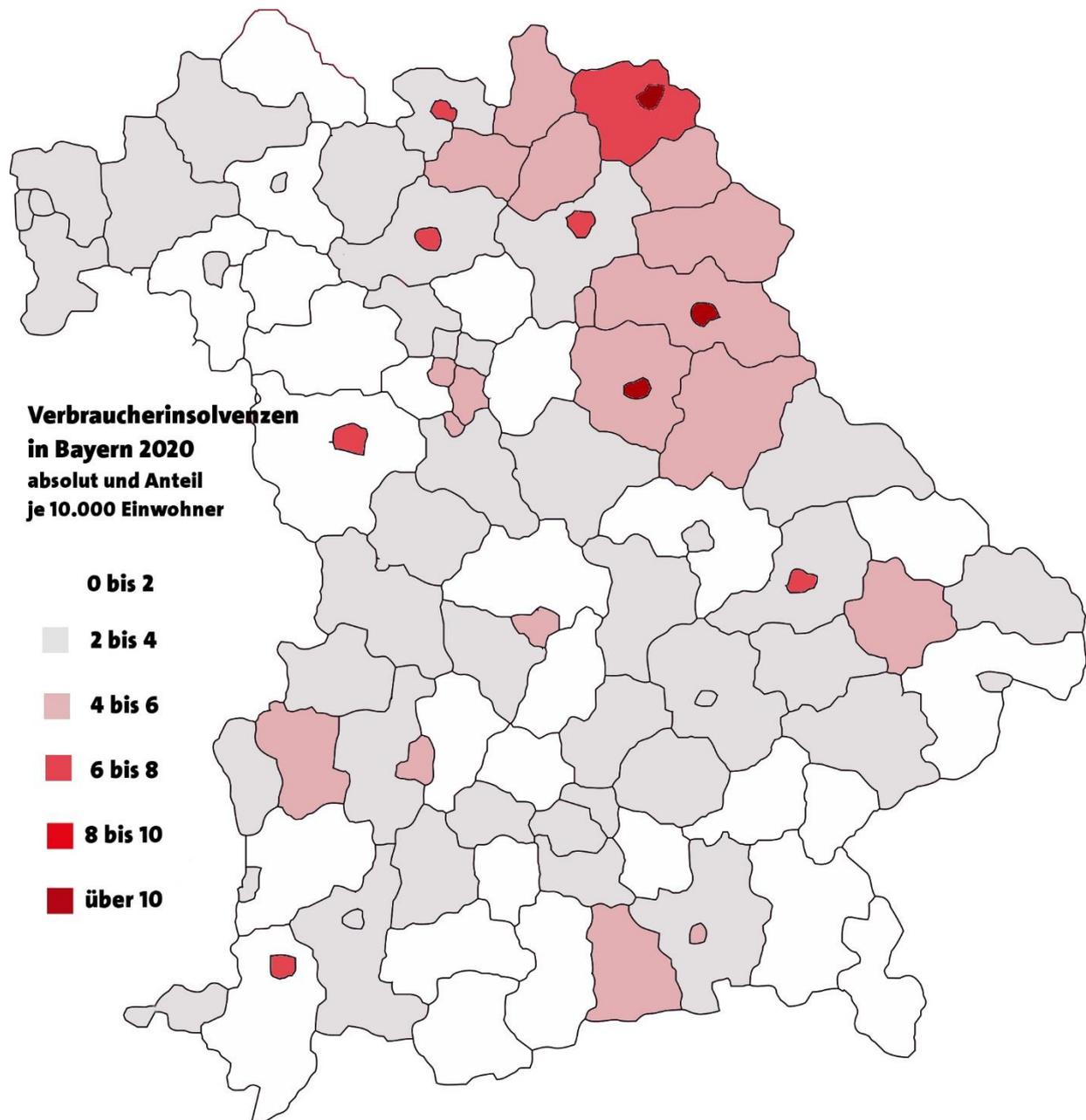
Gerade letztere Ursache nimmt rasant an Bedeutung zu (Veränderung gegenüber 2015 plus 179%) und wird perspektivisch zur Hauptursache für Überschuldung privater Haushalte.

Bei den Verbraucherinsolvenzen zeichnet sich indes ein ähnliches Bild ab. Auch hier sind kreisfreie Städte stärker betroffen als Landkreise. Hinzu kommt eine stärkere Betroffenheit im Nordosten des Freistaates.

<sup>16</sup> SchuldnerAtlas Deutschland 2020: Der Tabellenband – Stand: 06.11.2020;

<sup>17</sup> [https://www.boniversum.de/studien/schuldneratlas/#lightbox\[SchuldnerAtlas%202020\]/5](https://www.boniversum.de/studien/schuldneratlas/#lightbox[SchuldnerAtlas%202020]/5), zuletzt abgerufen am: 09. Juli 2021.

## Verbraucherinsolvenzen in Bayern, Stand 2020<sup>18</sup>



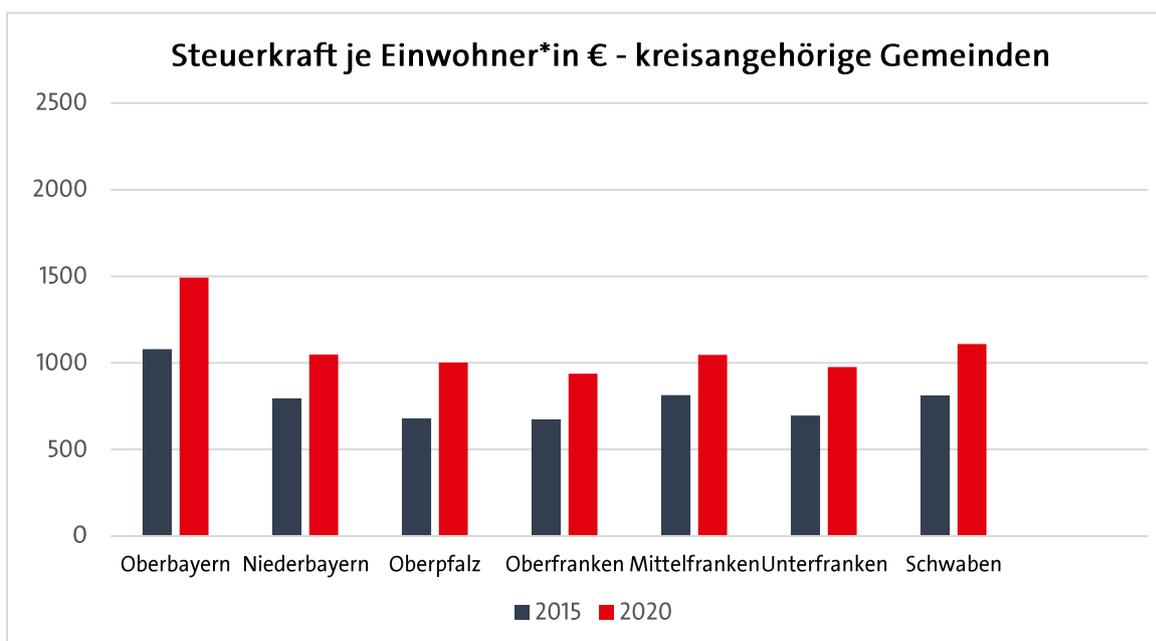
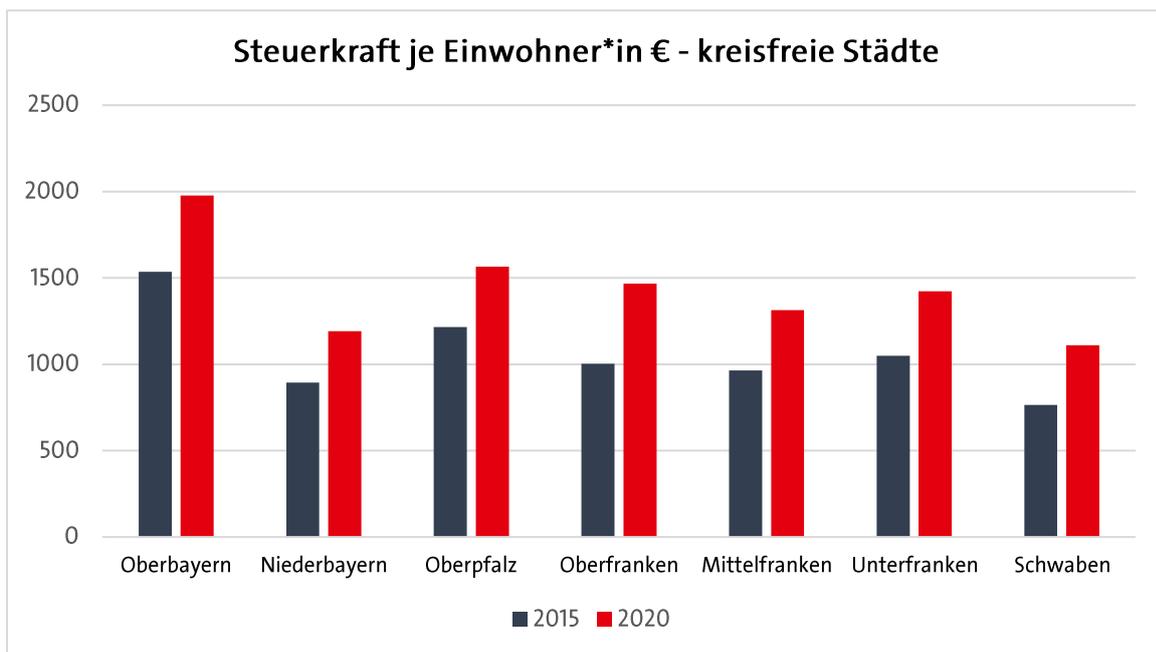
Dauerhaft niedrige Einkommen sind immer häufiger Hauptursache für Überschuldung. Der Niedriglohnsektor wird damit zunehmend zur Schuldenfalle. Auffällig ist, dass Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen vor allem ein städtisches Problem sind – und eines, das den Nordosten Bayerns stärker betrifft als andere bayerische Regionen.

<sup>18</sup> Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Klaus Adelt betreffend „Bayern 2021 - Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern V: Schulden“, Schriftliche Anfrage, MdL Klaus Adelt, Drs. 18/16511.

# KOMMUNALFINANZEN IN BAYERN

## Kommunale Steuerkraft

Die Finanzlage in den bayerischen Kommunen stellt sich nach wie vor sehr unterschiedlich dar. Das zeigt sich u.a. an der kommunalen Steuerkraft. Die kommunale Steuerkraft gibt pro Einwohner die Steuereinnahmen an, die eine Gemeinde bei einer normierten Anpassung ihrer Steuerquellen erzielen würde. Sie gilt als Maßstab zur Beurteilung der wirtschaftlichen bzw. finanziellen Leistungsfähigkeit von Kreisen und Gemeinden.<sup>19</sup>



<sup>19</sup> <https://www.landatlas.de/finanzen/steuern.html>, zuletzt abgerufen am 07. Juli 2021.

Die Zahlen zeigen: Die Steuerkraft der Städte und Gemeinden hat aufgrund des jahrelangen wirtschaftlichen Aufschwungs um über 20 Prozent zugenommen. Mit Ausnahme von Schwaben ist die Steuerkraft größerer Städte durchschnittlich 20 bis 30 Prozent höher als die kleinerer Kommunen. In der Summe ist die Kluft zwischen Stadt und Land tiefer geworden trotz ähnlicher Wachstumszahlen. Das trifft insbesondere auf Niederbayern, Ober-, Mittel und Unterfranken zu. Hier ist das Steuerkraftgefälle zwischen Stadt und Land innerhalb der letzten fünf Jahre um 20 bis zu 44 Prozent größer geworden.

Was innerhalb der Regierungsbezirke gilt, gilt auch im bayernweiten Vergleich. Oberbayerns Steuerkraft liegt sowohl bei den kreisangehörigen Gemeinden als auch kreisfreien Städten durchschnittlich 31 bis 36 Prozent über den der anderen Regierungsbezirke.

### Verschuldung in den Kommunen

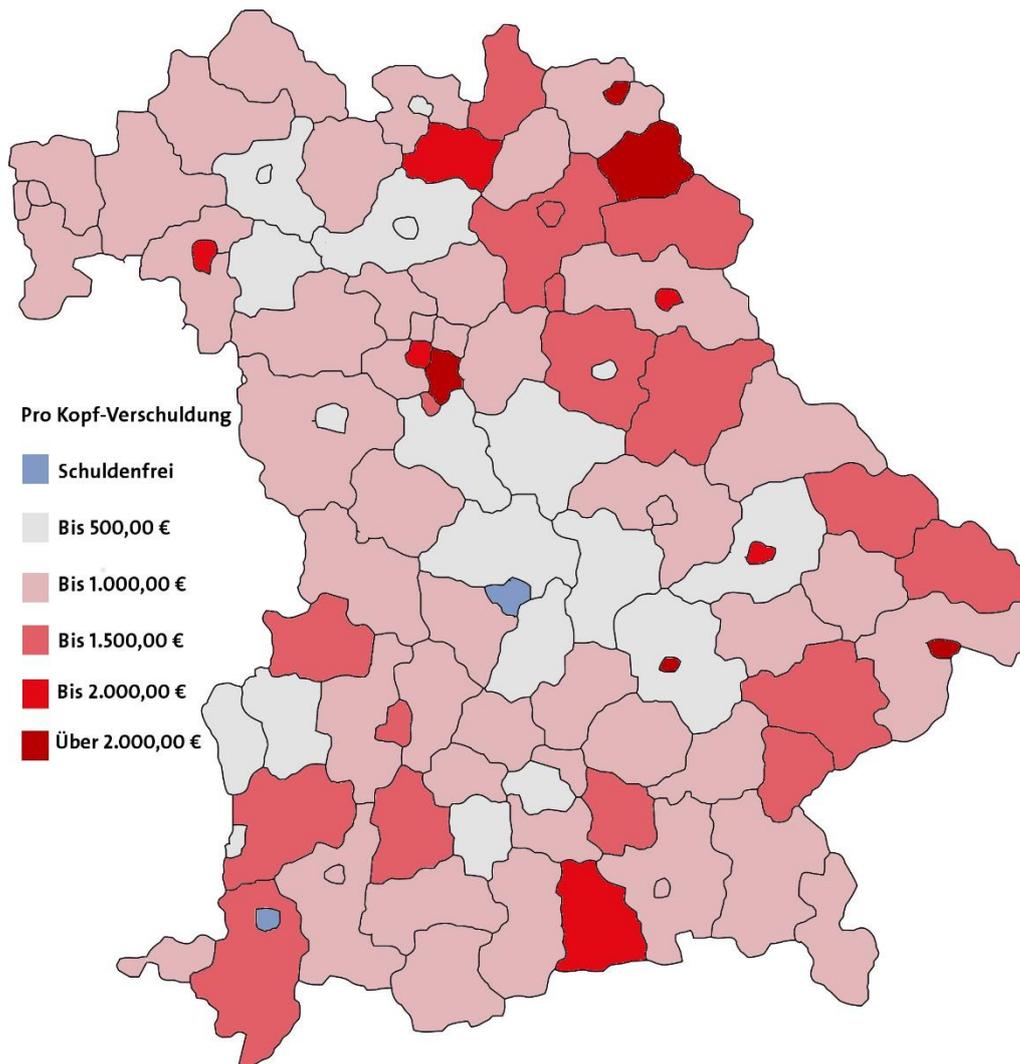
Die Zahl der absoluten Schulden aller bayerischer Kommunen ohne Eigenbetriebe und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen liegt bei 8,753 Milliarden Euro. Rechnet man die Eigenbetriebe und Krankenhäuser hinzu, kommt man auf 14,866 Milliarden. Euro. Ein Plus von 6,1 Milliarden Euro!

Schaut man auf die Pro-Kopf-Verschuldung zeigt sich auch hier ein Stadt/Land-Gefälle. So liegt nur in zwei Kreisgebietskörperschaften die Verschuldung pro Einwohner bei über 1.500 Euro – dafür aber in 9 kreisfreien Städten. Das ist immerhin jede dritte kreisfreie Stadt. Im Durchschnitt liegt die Pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien Städte bei 1.026 Euro, in den kreisangehörigen Gemeinden bei 818 Euro und damit rund 20 Prozent niedriger.

Auch regional zeigen sich wieder Unterschiede. Die Kommunen in Oberbayern sind am wenigsten verschuldet. Die meisten Schulden haben mit Abstand mittelfränkische Städte und Gemeinden angehäuft, gefolgt von Oberfranken und Niederbayern.

<b>Pro-Kopf-Verschuldung in Euro (in den Kommunen der Regierungsbezirke)</b>			
	2015	2019	Veränderung in %
Oberbayern	730	632	- 13,4%
Niederbayern	1.134	996	- 12,1%
Oberpfalz	936	770	- 17,7%
Oberfranken	1.329	997	- 24,9%
Mittelfranken	1.425	1.389	- 2,5%
Unterfranken	869	749	- 13,8%
Schwaben	861	783	- 9,0%

## Pro-Kopf-Verschuldung in den Landkreisen und kreisfreien Städten, Stand 2019



Die meisten Schulden konnten oberfränkische Kommunen abbauen. Das hängt wiederum mit den Stabilisierungshilfen bzw. Bedarfszuweisungen für besonders strukturschwache bzw. von der negativen demografischen Entwicklung betroffenen Kommunen zusammen.

### Stabilisierungshilfen, Empfänger (Anzahl d. Kommunen)

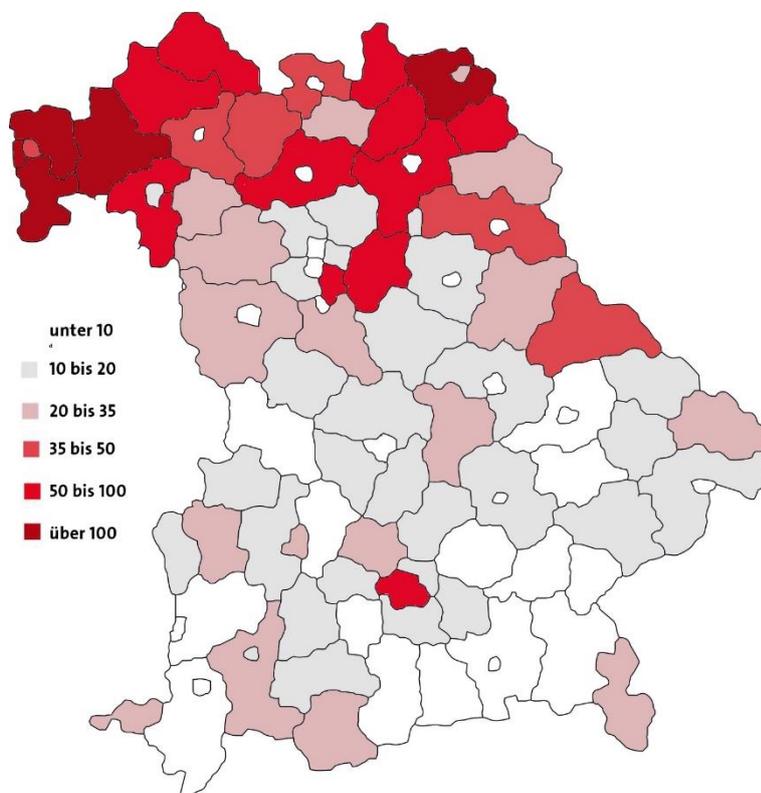
	2010	2020	In Relation zur Gesamtzahl der Kommunen
Oberbayern	4	1	0,2%
Niederbayern	13	20	7,8%
Oberpfalz	17	35	15,7%
Oberfranken	32	56	26%
Mittelfranken	5	5	2,4%
Unterfranken	7	29	9,5%
Schwaben	5	3	0,9%

Die Städte und Gemeinden konnten gleichermaßen vom wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre profitieren. Trotzdem hat sich das Stadt/Land-Gefälle verschärft, ist die Kluft zwischen dem ländlichen Raum und den Ballungsräumen größer geworden. Positiv festzuhalten bleibt, dass dank Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen gerade in strukturschwächeren Regionen kommunale Schulden abgebaut werden können. Besonders auffällig: Kommunale Krankenhäuser und Eigenbetriebe haben bayernweit rund 6 Milliarden Euro Schulden angehäuft.

## NACHLASSIMMOBILIEN IN BAYERN

Findet sich für ein Grundstück oder Haus kein Erbe oder die Erben schlagen dieses aus, fällt es an die jeweiligen Bundesländer. Der Freistaat ist so zum Großgrundbesitzer geworden. Deutschlandweit besitzt Bayern knapp 3.800 sogenannte Nachlassimmobilien und damit 750 mehr als vor vier Jahren. Jedes Jahr kommen mehr dieser Schrottimmobilien hinzu. So standen im letzten Jahr 446 neu hinzugekommenen Immobilien lediglich 112 Veräußerungen durch den Staatsbetrieb Immobilien Freistaat Bayern (Imby) gegenüber. Jede dritte Nachlassimmobilie befindet sich länger als fünf Jahre im Besitz des Freistaates. Das Gros der ungewollten Erbgrundstücke befindet sich im Norden Bayerns. 57 Prozent aller Nachlassimmobilien stehen in Ober- und Unterfranken.

### Nachlassimmobilien in Bayern, Bestand Mai 2021<sup>20</sup>



<sup>20</sup> Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Klaus Adelt vom 18.05.2021 betreffend „Nachlassimmobilien & Immobilien Freistaat Bayern“, Drs. 18/16912.

Nachlassimmobilien finden sich vermehrt in strukturschwächeren Regionen, deshalb dienen sie auch als guter Indikator dafür wie es um die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern bestellt ist. Ein Problem hierbei: Diese Schrottimmobilien verschandeln das Aussehen ganzer Straßenzüge, die betroffenen Städte und Gemeinden bleiben aber weitgehend außen vor. Von den seit 2015 insgesamt 610 veräußerten Immobilien gingen nur 75 an Kommunen. Der Freistaat hält es nicht mal für nötig in den Kommunen, in denen er Nachlassimmobilien besitzt, Grundsteuer und laufende Kosten zu begleichen. Dies tut er nur rückwirkend nach dessen Verkauf – sofern es dazu überhaupt kommt.

## BAHNINFRASTRUKTUR IN BAYERN

Bayernweit gibt es 1064 Bahnstationen. Davon sind mittlerweile 43 Prozent barrierefrei. Die meisten barrierefrei ausgebauten Bahnhöfe befinden sich mit weitem Abstand in Oberbayern (43 Prozent). Auch in Relation zur Gesamtanzahl an Bahnhalten sind in Oberbayern überdurchschnittlich viele ausgebaut worden.

### Übersicht der barrierefrei aus- und neu gebauten Stationen seit 2006

Regierungsbezirke	Barrierefreie Stationen insg.	Barrierefrei aus- und neu gebaute Stationen seit 2016
Oberbayern	201	119
Niederbayern	27	17
Oberpfalz	29	20
Oberfranken	42	26
Mittelfranken	87	53
Unterfranken	52	33
Schwaben	29	24
<b>Bayern</b>	<b>462</b>	<b>297</b>

Seit 2006 wurden neue Bahnhalte geschaffen, bestehende in Bedarfshalte umgewidmet und Bedarfshalte stillgelegt. In der Summe sind in Oberbayern, Oberpfalz und Schwaben neue Bahnhalte entstanden, während die Zahl in Oberfranken, Unterfranken und Niederbayern abgenommen hat.

Regierungsbezirke	Neue Bahnhalte seit 2016	Umwandlung von Bahnhalten in Bedarfshaltepunkte	Stillgelegte Bedarfshaltepunkte
Oberbayern	17	9	6
Niederbayern	2	3	1
Oberpfalz	3	2	0
Oberfranken	2	10	1

Mittelfranken	8	0	0
Unterfranken	7	14	1
Schwaben	8	2	0
<b>Bayern</b>	<b>47</b>	<b>40</b>	<b>9</b>

Der Freistaat Bayern hat von 2006 bis 2020 knapp eine Milliarde in die Schieneninfrastruktur in Bayern investiert. 48 Prozent flossen in Stationen und Bahnhöfe, hier v.a. in den barrierefreien Ausbau von Bahnstationen. 45 Prozent der Mittel flossen in Strecke und Netz. Auffällig hierbei: Allein 88 Prozent der Streckenmittel flossen in Schieneninfrastrukturprojekte in den Ballungsräumen München und Nürnberg.

### Übersicht der Mittel des Freistaates Bayern für Schieneninfrastruktur von 2006 bis 2020

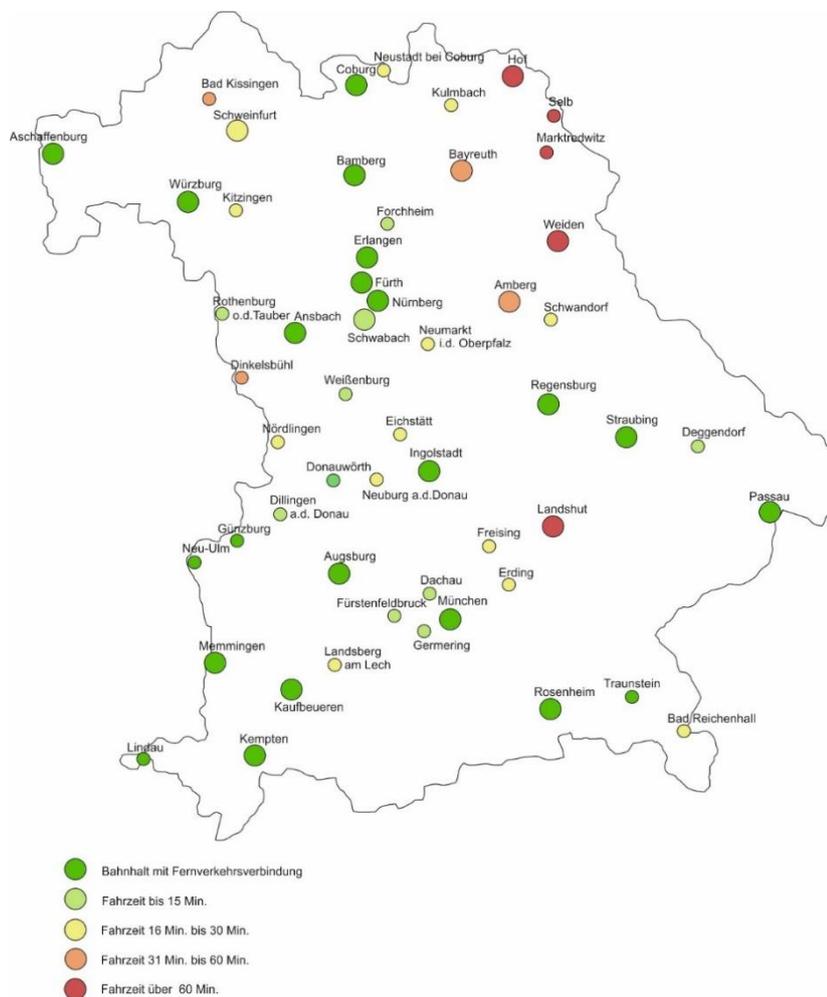
<b>Information/Kommunikation</b>		<b>37.909.250,00 €</b>
Fahrgastinformation	37.909.250,00 €	
<b>Strecke/Netz</b>		<b>437.052.861,00 €</b>
Reaktivierung	218.300,00 €	
Zugdeckungssignal	291.850,00 €	
Bahnausbau	786.000,00 €	
Weichenumbau	2.300.000,00 €	
Streckenausbau	10.415.567,00 €	
Elektrifizierung	36.917.250,00 €	
Ausbau S-Bahn München und Nürnberg	170.123.894,00 €	
Erdinger Ringschluss	216.000.000,00 €	
<b>Stationen &amp; Bahnhöfe</b>		<b>469.324.165,00 €</b>
Reaktivierung von DB-Haltepunkten	110.000,00 €	
Neubau von Stationen	4.526.595,00 €	
Park&Ride-Anlagen an Bahnhöfen	4.713.270,00 €	
Zukunftsinvestitionsprogramm	18.000.000,00 €	
Stationsoffensive	58.000.000,00 €	
Ausbau von Bahnhöfen	59.385.891,00 €	
Bayern-Paket 2013-2018	129.588.409,00 €	
Bayern-Paket II	195.000.000,00 €	
<b>Lärmschutz</b>		<b>2.831.000,00 €</b>
Lärmschutz	2.831.000,00 €	
<b>Sonstiges</b>		<b>23.116.000,00 €</b>
Außenreinigungsanlage	1.116.000,00 €	
Werkstatt für Schienenfahrzeuge	22.000.000,00 €	

Gleichwohl nach Art. 87e Grundgesetz der Bund verantwortlich ist für die Finanzierung der bundeseigenen Schieneninfrastruktur, hat der Freistaat rund eine Milliarde Euro für

die Schieneninfrastruktur investiert; insbesondere in den barrierefreien Ausbau von Bahnstationen, sowie in die Infrastruktur und Netze des

Schienenpersonennahverkehrs. Allerdings fast ausschließlich in den Ballungsräumen München und Nürnberg sowie in Oberbayern. Ähnliches zeigt sich auch bei der Bayerischen Elektromobilitäts-Strategie Schiene mittels der der Freistaat im Regionalverkehrsnetz innovative Antriebstechniken über Modellprojekte finanzieren und anstoßen möchte. Von den sieben Verkehrsprojekte fallen 3 auf Oberbayern, 2 auf Mittelfranken und je ein Projekt auf Schwaben und Unterfranken. Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken gehen somit leer aus. Bayern selbst will in seinem Regionalverkehrsnetz voraussichtlich mindestens sechs Pilotprojekte für innovative Antriebstechniken in den nächsten Jahren finanzieren.<sup>21</sup>

### Anschluss an den Schienenpersonenfernverkehr in Bayern<sup>22</sup>

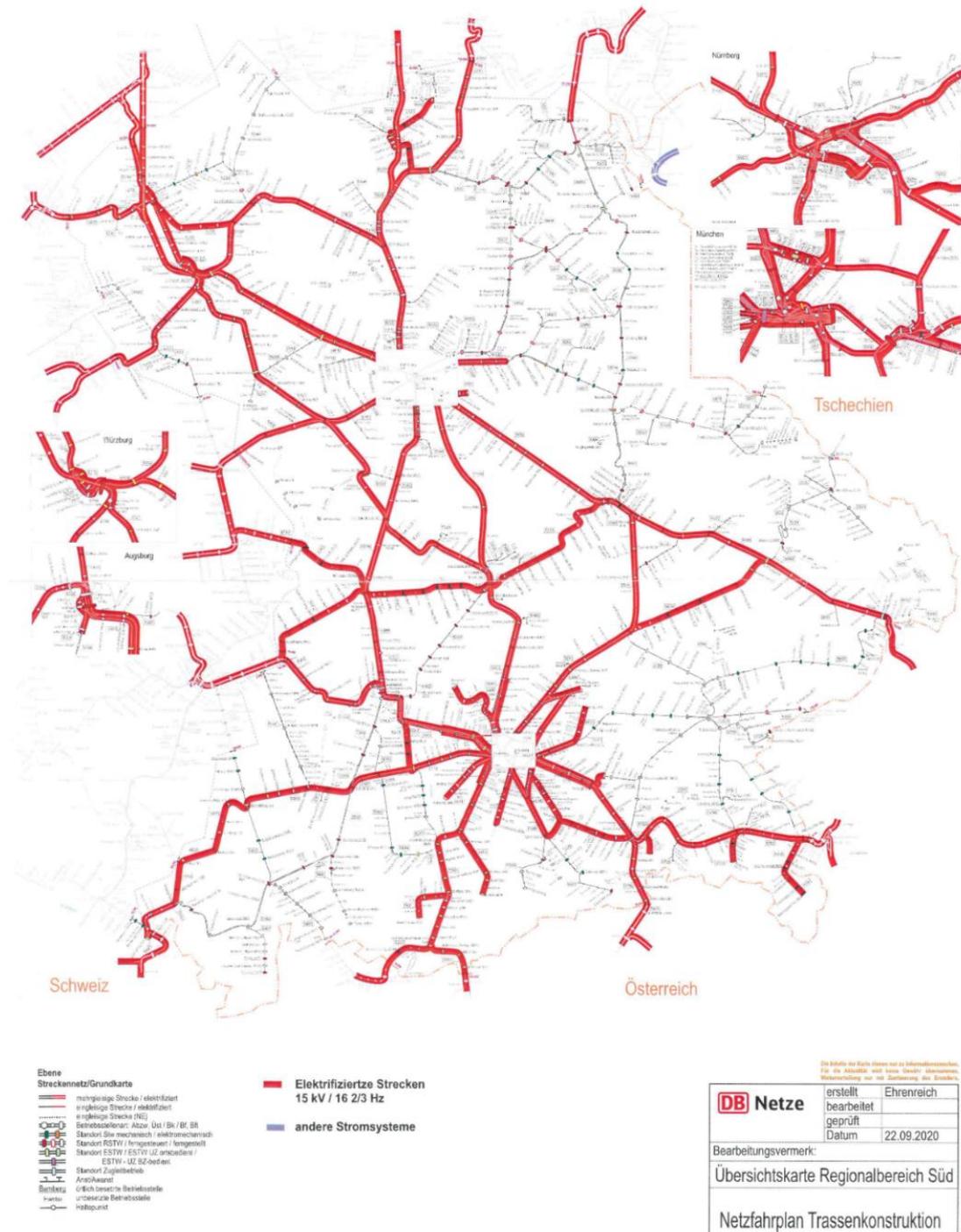


<sup>21</sup> <https://www.stmi.bayern.de/med/aktuell/archiv/2018/180122elektromobilitat/>, zuletzt abgerufen am 06.07.2021

<sup>22</sup> Schriftliche Anfrage MdL Klaus Adelt, Drs. 18/16613.

Die Grafik veranschaulicht sehr deutlich: Der Nordosten Bayerns ist vom Schienenverkehr in Bayern abgehängt. Von Hof, Selb, Marktredwitz und Weiden ist es über eine Stunde Fahrzeit zum Bahnfernverkehr, von Bayreuth und Amberg über eine halbe Stunde.

## Streckenplan in Bayern – Sachstand Elektrifizierung



dem wird gegeben. Obwohl gerade der Nordosten Bayerns schlecht an den

**Wer hat,**

Fernverkehr angebunden ist und auch bei der Elektrifizierung eine große Lücke klafft, nimmt der Freistaat überproportional mehr Geld für die Regionen in die Hand, die bereits jetzt besser an die Bahn angebunden sind.

## NAHVERSORGUNG IN BAYERN

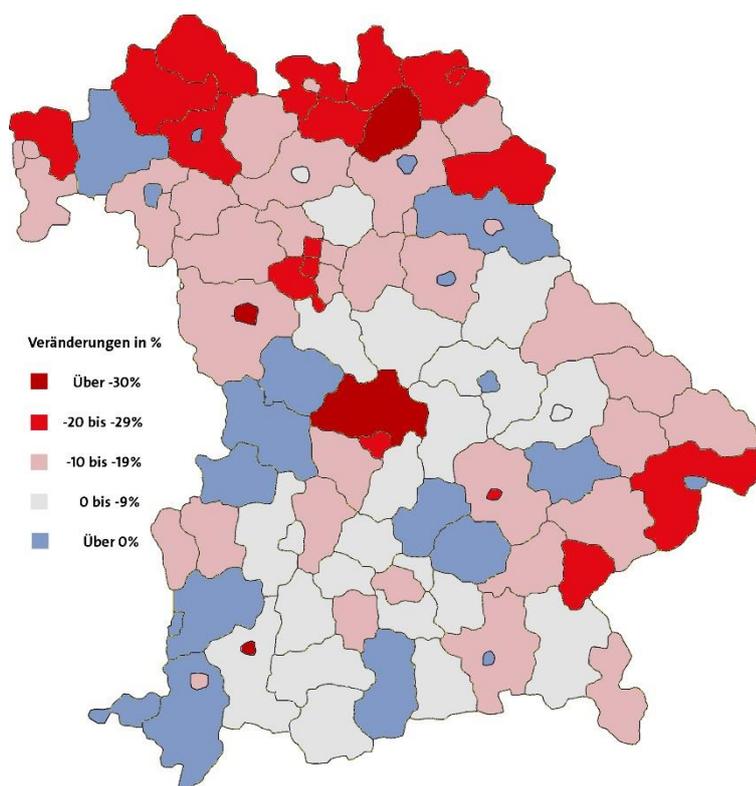
2010 gab es bayernweit noch 7.104 Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte (LEH), 2015 waren es 6.532, 2019 dann 6.332. Das sind 772 Geschäfte weniger und somit ein Rückgang um 10,86 Prozent. Kamen auf 10.000 Einwohner 2010 noch 18,1 LEH, sind es 2019 noch 14,6 (-19%).<sup>23</sup>

In 612 Ortschaften gibt es mittlerweile gar keinen Lebensmittelmarkt mehr. Das ist fast jede dritte Gemeinde in Bayern. Der Rückgang macht sich bayernweit bemerkbar, wobei nach wie vor der Norden Bayerns und der ländlichen Raum stärker betroffen sind.

Regierungsbezirke	Rückgang der LEH in %
Oberbayern	- 8%
Niederbayern	- 10%
Oberpfalz	- 6%
Oberfranken	- 16%
Mittelfranken	- 17%
Unterfranken	- 10%
Schwaben	- 2%

Kreisfreie Städte sind weniger stark (7%) betroffen als kreisangehörige Gemeinden (-11%). Nichtsdestotrotz lässt sich feststellen, dass das Supermarktsterben nicht vor den großen Städten Halt macht.

<sup>23</sup> Schriftliche Anfrage, MdL Klaus Adelt: Nahversorgung in Bayern – Stand 2021, Drs. 18/15828



Von 2001 bis 2021 wurden bayernweit 193 Dorfläden gegründet. Fast jeder Dorfladen hat dabei von Fördermitteln profitiert, fast jeder zweite Dorfladen wurde im Rahmen der Ländlichen Entwicklung über das StMELF gefördert (Dorferneuerung), gefolgt vom Vorgründercoaching des StMWi und über LEADER mit Mitteln der EU.

Trotz eines kleinen „Revivals“ ist klar: Dorfläden können den zunehmenden Rückzug von LEH aus der Fläche nicht kompensieren.

Kleine Geschäfte in den Stadtteilen und auf dem Land verschwinden zugunsten immer weniger und dafür größer werdender LEH: Mehr Verkaufsfläche, weniger Geschäfte. Die Entfernung zu den einzelnen Supermärkten nimmt dabei weiter zu. Mobilität wird zur Grundvoraussetzung für die Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs. Im ländlichen Raum wird zunehmend das Auto zur Eintrittskarte in den Supermarkt. Die Entwicklung hin zu größer werdenden Läden macht die Ansiedlung bzw. den Verbleib von LEH in Ortskernen und Innenstädten dabei schwieriger (Raumbedarf/Platzprobleme). Die Ansiedlung neuer Märkte orientiert sich immer weniger an die eigentlichen Kunden als an der Verkehrsanbindung. Das führt zum Ausbluten der Ortskerne und Flächenfraß am Stadtrand (Donut-Effekt). Nicht zuletzt sind LEH auch Orte der Begegnung und Kommunikation. Mit dem Wegfall des letzten Supermarkts fällt auch ein zentraler Bezugspunkt der Ortsgemeinschaft weg.

## WIRTSCHAFTSKRAFT IN BAVARIA

### Invest in Bavaria

Von 2010 bis 2020 wurden 1.185 Projekte durch die Ansiedlungsagentur des Freistaates betreut. Diese verteilen sich auf die Regierungsbezirke wie folgt:

Regierungsbezirke	Projekte	In%
Oberbayern	841	71%
Mittelfranken	116	9,8%
Schwaben	65	5,5%

Oberfranken	50	4,2%
Unterfranken	47	3,9%
Oberpfalz	38	3,2%
Niederbayern	28	2,4%

Die betreuten Unternehmen/Projekte lassen sich vielen Branchen zuordnen, die meisten Unternehmen gehören der IT-Branche an.

Branche	Projekte	In %
Informations- und Kommunikationstechnik	324	20%
Automobilindustrie	52	9%
Luft- und Raumfahrt/Satellitentechnik	109	7%
Elektrotechnik und Elektronik	100	6%
Maschinen/Anlagenbau und Feinmechanik	93	6%
Handel	83	5%

Auch mit Blick auf die Branchen fällt das Ungleichgewicht zugunsten Oberbayerns auf. 86 Prozent aller Ansiedlungen im IT-Bereich erfolgen in Oberbayern!<sup>24</sup>

Die Wirtschaftsleistung der einzelnen Regionen driftet auf diese Weise immer weiter auseinander. Das zeigt ein Blick auf das Bruttoinlandsprodukt.

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2018 <sup>25</sup>		
Regierungsbezirke	Anteil in Bayern in %	Veränderung zu 2010
Oberbayern	44,0%	+ 0,8%
<i>davon München</i>	18,9%	+ 0,6%
Niederbayern	8,1	- 0,3%
Oberpfalz	7,6%	- 0,1%
Oberfranken	6,6%	- 0,2%
Mittelfranken	13,0%	0,1%
Unterfranken	8,7%	- 0,5%
Schwaben	12,2%	0,0%

Trotz Zweigstellen in Nürnberg und Hof bleibt die staatliche Ansiedlungsagentur Oberbayern fixiert. Das Ungleichgewicht zugunsten Oberbayerns und der Metropolregion München nimmt sogar zu und nicht ab. Auffällig ist, dass sich in den letzten zehn Jahren mit großem Abstand vor allem IT-Unternehmen in Bayern niederließen – aber eben fast ausschließlich in Oberbayern. Die Digitalisierung bringt Bayerns Regionen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht zusammen, sondern treibt sie noch weiter auseinander.

<sup>24</sup> Schriftliche Anfrage, MdL Klaus Adelt. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern VIII: Invest in Bavaria", Drs. 18/16901.

<sup>25</sup> vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik; Bruttoinlandsprodukte u. Bruttowertschöpfung in Bayern 2010, 2012 bis 2018.

## **FAZIT. WER HAT, DEM WIRD GEGEBEN**

Was auf der einen Seite den Wohnungsdruck verstärkt und zu steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten führt, hat auf der anderen Seite Leerstände und verödennde Ortskerne zur Folge. Die Menschen ziehen dorthin, wo es gute und qualifizierte Arbeit gibt und diese Arbeitsplätze entstehen in erster Linie in den Ballungsräumen.

Die Digitalisierung verschärft diesen Prozess. Auf dem ersten Blick erscheint das widersprüchlich, sollte doch gerade die Digitalisierung das Arbeiten immer ortsunabhängiger machen. In Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. Fast jedes IT-Unternehmen, das sich in Bayern neu ansiedelt, tut dies in Oberbayern. Hier entstehen hoch qualifizierte Jobs. In der Summe verfügt jeder dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Großraum München über einen akademischen Abschluss. In den bayerischen Grenzregionen zu Tschechien ist es nicht einmal jeder Zehnte. Die Folge: Wer dort seine allgemeine Hochschulreife erwirbt, verlässt aller Voraussicht nach die Heimat und nur ein Bruchteil kommt davon wieder zurück. Es fehlt an ausreichend adäquaten Jobs und es mangelt an der entsprechenden Bezahlung. Das verfügbare Einkommen im ländlichen Raum ist deutlich niedriger als in den Ballungsräumen. Die niedrigeren Lebenshaltungskosten können das nicht in Gänze aufwiegen.

Eine schlechte Bahnverkehrsanbindung, eine sich aus der Fläche zurückziehende Nahversorgung verschärfen diese Entwicklung noch. Eine Entwicklung, die auf Städte und Gemeinden stößt, die meist einen kleineren finanziellen Handlungsspielraum aufweisen als Kommunen in den Ballungsräumen. Auch im sozialen Bereich sind die Herausforderungen eklatant, die viele Ressourcen – gerade in größeren – Kommunen zusätzlich bindet. Besonders gravierend ist die Situation im Nordosten Bayerns, wo immer noch die spezifischen sozialpolitischen Herausforderungen auf die strukturpolitischen Herausforderungen des ländlichen Raums treffen.

Der Gleichwertigkeitsbericht offenbart, dass trotz eines jahrelangen, bayernweiten wirtschaftlichen Aufschwungs, der erst durch die Corona-Krise jäh ausgebremst wurde, keine Angleichung der Lebensverhältnisse stattgefunden hat. Ganz im Gegenteil: Statt eines Aufholprozesses des ländlichen Raums belegen die Zahlen, dass sich die Regionen immer weiter auseinanderentwickeln. Das verstärkt wiederum die Sogwirkung der Ballungsräume, die sich weiter ausbreiten, was wiederum die dort vorhandenen, v.a. sozialen und verkehrlichen Probleme verschärft und zahlreiche Kommunen, wie z.B. Landshut, vor neue Herausforderungen stellt.

Landesentwicklung darf nicht zum Ziel haben, den Radius der Berufspendler stetig zu vergrößern. Landesentwicklung muss gerecht und nachhaltig sein und den Umwelt- und Klimaschutz immer mitdenken!

Die Anstrengungen der Staatsregierung für den ländlichen Raum halten diesen Prozess in ihrer Halbherzigkeit nicht auf, sie verlangsamen ihn im besten Fall. Was es braucht ist

aber eine echte Trendumkehr. Diese gelingt nur, wenn Landesentwicklung, Struktur- und Standortpolitik sowie Klimapolitik endlich zusammengedacht werden. Denn solange die Standortvorteile der Ballungsräume überwiegen, wird der ländliche Raum das Nachsehen haben.

Das Vorhandensein einer guten Verkehrsanbindung und handlungsfähige Kommunen sind nicht nur für das Gelingen einer sozialen Klimatransformation von entscheidender Bedeutung, wie das die erst vor kurzem im Auftrag der BayernSPD Landtagsfraktion veröffentlichte DIW-Studie „Bayern klimaneutral und sozial“ herausgearbeitet hat. Sie sind auch von enormer Bedeutung dafür, ob der ländliche Raum als Standort für eine Unternehmensansiedlung in Frage kommt.

Hier muss der Freistaat beherzter und zielstrebig agieren als er das bisher getan hat.

### **UNSERE FORDERUNGEN**

- Eine bessere Anbindung des Nordosten Bayerns an den Schienenpersonenfernverkehr.
- Mehr Geld für unsere Kommunen. Wir brauchen frei verfügbares Geld, dessen Verwendung nicht an Förderrichtlinien und Zweckbestimmungen gebunden ist (Erhöhung der Verbundquote bei den Schlüsselzuweisungen)
- Hälfthige Übernahme der Corona bedingten Gewerbesteuer ausfälle durch den Freistaat, Sonderfonds
- Ansiedlungspolitik im ländlichen Raum verstärken.
- Behördenverlagerungen ausweiten.
- Digitalisierung und Breitbandausbau forcieren.
- Innovationsfonds ländlicher Raum zur Stärkung von Wirtschaft und Forschung außerhalb der Ballungsräume. Ziel muss sein bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich mehr IT-Unternehmen im ländlichen Raum niederlassen. Das gelingt mit 1) schnellem Internet, 2) der Stärkung von Netzwerken und Kooperationen mit den Hochschulen und Universitäten und 3) der gezielten Förderung von Ansiedlungen von IT-Unternehmen im ländlichen Raum.
- Aufholpakt Nord/Ostbayern. Trotz eines spürbaren Aufschwungs belegen die Zahlen, dass der Nordosten Bayerns in vielen Bereichen nach wie vor abgehängt ist und Mühe hat, von der Gesamtentwicklung im Freistaat nicht gänzlich abgehängt zu werden. Es braucht daher einen 50-Millionen schweren Aufholpakt für den Nordosten Bayern. Gelder, über deren Verwendung die Kommunen eigenverantwortlich selbst entscheiden können. Die Verteilung der Mittel des Sonderkontingents sollte dabei nach den gleichen Parametern wie bei den Schlüsselzuweisungen erfolgen.

Impressum:  
Klaus Adelt, MdL, Patrick Leitl, M.A., Von-der-Tann-Str. 1, 95028 Hof  
Freitag, 10. September 2021